

INTERPELLATION von Alfred Heer (SVP, Zürich) sowie Mitunterzeichnende

betreffend Abklärung von Straftatbeständen

Zwei Mitarbeiterinnen des Zürcher Sozialamtes haben sich in einem Interview des Tages-Anzeiger dahingehend geäußert, dass die amtsinterne Fallkontrolle regelmässig Hinweise auf regelwidrige Fürsorgebezüge zutage gefördert habe, ohne dass dies konkret Folgen hatte. Sollte dieser Vorwurf zutreffen und das Sozialdepartement der Stadt Zürich tatsächlich bewusst und aktiv mutmassliche Fürsorgebetrügereien nicht geahndet haben, stünde ein Strafverfahren wegen Amtsmissbrauchs, ungetreuer Amtsführung und Begünstigung im Vordergrund.

Im BMW-Fall kann in den Medien nachgelesen werden, dass Stadträtin Monika Stocker über den Sachverhalt seit langem in Kenntnis gesetzt wurde, ohne aber dass eingeschritten wurde. Erst als der BMW am 1. Mai in Flammen aufging und die Affäre publik wurde, hat das Sozialamt der Stadt Zürich Massnahmen ergriffen, um den mutmasslichen Fürsorgemissbrauch zu unterbinden.

Auf Grund dieses Sachverhalts bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Frage:

1. Was unternimmt der Regierungsrat, um die im Raume stehenden Vorwürfe abzuklären?
2. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Staatsanwaltschaft auf Grund der bisherigen bekannten Faktenlage eine Untersuchung respektive mindestens eine Voruntersuchung wegen Amtsmissbrauchs respektive ungetreuer Amtsführung und Begünstigung einleiten sollte?

Alfred Heer

M. Arnold	E. Bachmann	H. Bär	K. Bosshard	W. Bosshard
H. Egloff	R. Frehsner	H. Frei	Hr. Frei	R. Frei
B. Grossmann	L. Habicher	W. Haderer	M. Hauser	F. Hess
H. H. Heusser	R. Isler	W. Isliker	R. Jenny	O. Kern
S. Krebs	R. Kuhn	J. Leuthold	R. Menzi	C. Mettler
E. Meyer	W. Müller	D. Oswald	P. Preisig	S. Ramseyer
H. H. Raths	L. Rüegg	C. Schmid	H. Schmid	J. Schneebeili
Y. Senn	R. Siegenthaler	B. Stiefel	E. Stocker	I. Stutz
A. Suter	T. Toggweiler	P. Uhlmann	C. Vohdin	B. Walliser
T. Weber	T. Wirth	C. Zanetti	H. Züllig	